

Selbstgebastelte Sterne am Bio-Baum

33 Kinder aus den Klassen 2a und 2b der Gemeinschaftsgrundschule Vennhauser Allee in Düsseldorf



haben in diesem Jahr den Weihnachtsbaum der grünen Fraktion geschmückt. Alle Sterne sind selbstgebastelt und bemalt. Bei einer Feierstunde im Landtag hängten sie ihre Sterne selbst an den Baum und wurden von den Abgeordneten hochgehoben, um an die oberen Äste zu kommen.

Mit der familienpolitischen Sprecherin Andrea Asch und dem Düsseldorfer Abgeordneten Stefan Engstfeld

stimmten sie gemeinsam den Klassiker „In der Weihnachtsbäckerei“ an. Als Dank für die Mühen erhielt jedes Kind ein kleines Präsent und wurden durch den Landtag geführt.

Den Weihnachtsbaum hatte in diesem Jahr erneut Norwich Rüße, Bio-Landwirt und Sprecher für Naturschutz, besorgt. „Ein solcher Bio-Baum kostet 19 Euro pro Meter und ist somit nicht viel teuer als andere Weihnachtsbäume“, sagt Rüße. Der Vorteil: Bio-Weihnachtsbäume werden ohne Pestizide und Dünger aufgezogen.

Weitere Informationen zu Bio-Weihnachtsbäumen: gruene.fr/weihnachtsbaum



FDP-Fraktion diskutiert mit Bürgern über die Dichtheitsprüfung

Die FDP lässt bei ihrem Einsatz bei der Dichtheitsprüfung von privaten Abwasserkanälen nicht nach. Auf Einladung der FDP diskutierten nahezu 100 Vertreter von Bürgerinitiativen, Wirtschaft und Kommunalpolitik über den aktuellen Stand der rot-grünen Gesetzesnovelle und mögliche Verbesserungen an den Plänen. „In den letzten Monaten hat kaum ein anderes umweltpolitisches Thema die Gemüter der Bürgerinnen und Bürger landesweit so sehr erhitzt, wie die Dichtheitsprüfung“, erklärte FDP-Fraktionschef Christian Lindner in seiner Begrüßung. Die FDP fordert eine bürgerfreundliche Lösung und hat einen eigenen Gesetzentwurf in den Landtag eingebracht, der die Hausbesitzer nicht unter Generalverdacht stellt und eine Lösung mit Augenmaß bietet.

„Kanäle müssen grundsätzlich dicht sein. Allerdings muss die Balance zwischen Umwelt-



schutz und den Interessen der Hauseigentümer gewahrt bleiben. Das ist eine Frage der Verhältnismäßigkeit“, unterstrich Henning Höne, umweltpolitischer Sprecher der FDP-Landtagsfraktion. Die Kosten für den sogenannten

Kanal-TÜV stehen aus Sicht der FDP jedoch in keiner Relation zu ihrem Nutzen. „Die FDP fordert daher eine Dichtheitsprüfung nur bei Neu- und Umbauten und bei einem begründeten Verdacht“, erklärte Kai Abruszat, kommunalpolitischer Sprecher. Die rot-grüne Landesregierung hat zwar inzwischen einen eigenen Gesetzentwurf vorgelegt. Darin bleibt unter anderem der Generalverdacht in Wasserschutzgebieten aber bestehen. „Wir werden darauf achten, dass Rot-Grün die verpflichtende Dichtheitsprüfung auch nicht durch die Hintertür einführen wird“, verspricht Höne.



Der Bund muss Bildung mitfinanzieren

Wir Piraten sind der Überzeugung, dass Bildung ein gesamtgesellschaftlicher Auftrag ist. Ihre Finanzierung kann nur unter Beteiligung aller Ebenen gelingen. Bundeskanzlerin Angela Merkel hat im Jahr 2009 die „Bildungsrepublik Deutschland“ ausgerufen. Man könnte meinen, dass solchen Worten auch Taten folgen. Doch stattdessen hat der Bund mit dem in der Föderalismusreform verankerten Kooperationsverbot seine bildungspolitische Verantwortung größtenteils aufgegeben. Die Piratenfraktion fordert nun die Aufhebung des Kooperationsverbots.

„Die bildungspolitischen Aufgaben, die vor uns liegen, können durch ein Umschichten der Landesmittel alleine nicht finanziert werden. Die Länder müssen gemeinsam mit dem Bund ein neues Finanzierungsmodell vereinbaren“,

erklärt Monika Pieper, Sprecherin im Schulausschuss. „Die großen Herausforderungen der Zukunft, wie zum Beispiel der Klimawandel, sind nur durch gesellschaftliche, technische und wirtschaftliche Innovationen zu bewältigen, also durch ein sehr viel höheres allgemeines Bildungsniveau. Dafür braucht es eine durchgängige Verbesserung der Bildung.“

Der Antrag der Piratenfraktion „Bildungsrepublik Deutschland realisieren – Kooperationsverbot aufheben“ soll der Landesregierung neue Impulse für die Diskussion mit dem Bund geben. Für Piraten beginnt Bildung



Monika Pieper (PIRATEN)

nicht erst in der Schule und endet nicht nach der Universität. „Um ein gerechtes und leistungsfähiges Bildungssystem zu gestalten, brauchen wir eine Bildungsoffensive vom Kleinkindalter bis weit ins Erwachsenenleben hinein. Eine solche Bildungsoffensive kann das Land alleine nicht finanzieren“, so Pieper.

